

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage Österreichs an der Jahreswende 1948/49

*Rückblick auf das Jahr 1948 — Die gegenwärtige Lage — Die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Jahre
Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Ausweitung des Kreditvolumens im dritten Quartal 1948 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung; Die voraussichtliche Nahrungsmittelversorgung im Wirtschaftsjahr 1948/49 — Land- und Forstwirtschaft; Die Entwicklung des Holzeinschlages und des Holzexports — Energiewirtschaft; Kritische Lage der Stromversorgung — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

Zur Frage der Kreditlenkung

Die Aufgaben der Kreditpolitik — Der Zins als Regulator der Kreditwirtschaft — Die Problematik einer zentralen Lenkung der Kredite — Die Möglichkeit einer Kompromißlösung

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage Österreichs an der Jahreswende 1948/49

Rückblick auf das Jahr 1948

Die österreichische Wirtschaft verdankt es den wirtschaftsbelebenden Wirkungen des Währungsschutzgesetzes, den gegenüber 1947 weiter erhöhten ausländischen Hilfslieferungen sowie der konsolidierten innerpolitischen Lage, daß i. J. 1948 beachtliche Fortschritte erzielt wurden. Auf einigen Gebieten haben sich die Leistungen sprunghaft erhöht und teilweise das Friedensniveau erreicht oder sogar überschritten.

Die *industrielle Produktion* stieg vom letzten Quartal 1947 bis Oktober 1948¹⁾ um 47%. Der Gesamtindex der industriellen Produktion liegt zur Zeit ungefähr auf dem Vorkriegsniveau, wobei allerdings die Produktionsmittelerzeugung bereits 140%, die Konsumgütererzeugung dagegen erst rund 70% des Standes vom Jahre 1937 erreicht hat. Auch während des Jahres 1948 hat die Kapitalgütererzeugung stärker zugenommen. Die Real-

¹⁾ Da vorläufig statistische Daten meist nur bis Ende Oktober vorliegen, wird im folgenden jeweils der Oktober 1948 mit dem Durchschnitt des letzten Quartals 1947 verglichen. Die endgültigen Jahresziffern für 1948 werden daher in einzelnen Fällen von den hier errechneten etwas abweichen.

kapitalbildung dürfte sich daher weiter verstärkt haben.

Der Aufschwung der industriellen Produktion war — im Gegensatz zum Jahre 1947, in dem gleichzeitig mit der Produktion auch der Beschäftigtenstand zugenommen hat — hauptsächlich auf eine Erhöhung der *Produktivität* zurückzuführen. Die Produktionsleistung pro Beschäftigten ist in der Industrie im Durchschnitt um 33% gestiegen. Dergleichen hat sich auch der Leistungseffekt der Kohle gebessert. Die starke Erhöhung der Produktivität war teils erhöhten individuellen Arbeitsleistungen der Arbeiter, teils den reichlicheren Rohstoffanlieferungen und der besseren Kapazitätsausnutzung der Betriebe zu verdanken.

Die *Landwirtschaft* erholte sich hauptsächlich aus naturbedingten Gründen bedeutend langsamer als die Industrie. Immerhin dürfte dank der besseren Ernte und der erhöhten Milchproduktion das allgemeine Leistungsniveau gegenüber dem Jahre 1947 um etwa 10 bis 15% gestiegen sein.

Die Produktionsbelegung in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft hatte einen weiteren Aufschwung des *Verkehrs* und der *Um-*

satzstätigkeit zur Folge. Die Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen stiegen im Vergleichszeitraum um 22%, die Kleinhandelsumsätze nach Ausschaltung der Preisveränderungen um 40%.

Die *Arbeitslage* war entgegen den vielfach gehegten Befürchtungen auch im Jahre 1948 durch Vollbeschäftigung der verfügbaren und arbeitsfähigen Arbeitskräfte gekennzeichnet. Die Gesamtzahl der Krankenversicherten hat um 2% zugenommen, wobei der Beschäftigtenstand der Landwirtschaft um 4% zurückgegangen und der der gewerblichen Wirtschaft um 3% gestiegen ist. Das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Stellensuchenden hat sich verschoben: Im IV. Quartal 1947 gab es rund 69.000 offene Stellen und 40.000 vorgemerkte Stellensuchende; im Oktober 1948 übertraf dagegen die Zahl der Stellensuchenden mit 55.700 bereits die der offenen Stellen mit 34.600. Dies ist hauptsächlich auf die Normalisierung der Währungsverhältnisse zurückzuführen, die einerseits viele bisher nicht beschäftigte Arbeitskräfte veranlaßt, Arbeit zu suchen, während andererseits die Betriebe nur noch soviel Arbeiter halten, als sie tatsächlich produktiv beschäftigen können. Die sichtbare Arbeitslosigkeit ist mit nicht ganz 3% des Beschäftigtenstandes nach wie vor äußerst gering, zumal da ein Teil der Stellensuchenden nicht voll einsatzfähig oder nur vorübergehend ohne Arbeit ist.

Das *Ausfuhrvolumen* (Ausfuhrwert nach Ausschaltung der Preisveränderungen) hat infolge der erhöhten Produktion und einer verstärkten handelspolitischen Tätigkeit um 54% zugenommen, ist aber relativ noch niedrig. Während die industrielle Produktion bereits den Vorkriegsstand erreicht hat, betrug die hauptsächlich aus gewerblichen Produkten bestehende Ausfuhr im Oktober 1948 erst 62% des Jahres 1937. Auch die handelsstatistisch erfaßte *Einfuhr* blieb mit 50% des Jahres 1937 noch weit unter dem Vorkriegsniveau (einschließlich der Hilfslieferungen wird allerdings bereits annähernd das Einfuhrvolumen des Jahres 1937 erreicht). Der im Vergleich zum allgemeinen Wirtschaftsvolumen niedrige Stand des kommerziellen Außenhandels war teils auf die ausländischen Hilfslieferungen, die die kommerzielle Einfuhr ersetzen, und teils auf die besonderen Schwierigkeiten, die einer Belegung des kommerziellen Außenhandels entgegenstehen, zurückzuführen.

Auf dem Gebiete der *Währung* wurde durch das Währungsschutzgesetz vom Dezember 1947 der Geldüberhang beseitigt und eine Konsolidierung des Geld- und Kreditwesens angebahnt. Die starke Geld-

verknappung — die zirkulierende Geldmenge (Noten plus freie Scheckeinlagen plus Giro Guthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank)¹⁾ wurde von 12,7 Mrd. S Ende Oktober 1947 auf 7,7 Mrd. S Ende Jänner 1948 vermindert — hat das gesamte Wirtschaftsgefüge nachhaltig beeinflußt und entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung im Jahre 1948 beigetragen. Im Laufe des Jahres hat allerdings das Geldvolumen durch eine starke Kreditausweitung der Kreditinstitute (um rund 12 Mrd. S in den ersten neun Monaten), durch die finanziellen Ansprüche des Staates sowie durch die Freigabe von zeitweise gesperrten Einlagen und Rückbuchungen von Konten sozial Bedürftiger wieder stark zugenommen. Trotz Stilllegung der Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen (etwa 150 Mill. S monatlich) sind der Notenumlauf von Ende Jänner bis Ende Dezember um 1,948 Mill. S und die Scheckeinlagen einschließlich der Freigabe zeitlich gesperrter Konten um 2 Mrd. S gestiegen. Die Ausweitung des Geldvolumens war zweifellos größer als die des Wirtschaftsvolumens. Sie hat jedoch bisher das Preis- und Lohnniveau noch nicht beeinflußt, da die Kassenhaltung der Wirtschaft gestiegen ist und die amtlichen Preisbindungen für wichtige Güter weiter aufrechterhalten wurden.

Die offiziellen *Preise* und *Tariflöhne* blieben im Jahre 1948 relativ stabil. Der unter dem Druck der knappen Gelddecke erzwungene Rückgang der *offiziellen* Preise in der ersten Hälfte des Jahres war nur geringfügig und kam um die Jahresmitte weitgehend zum Stillstand. Eine stärkere Preiserhöhung fand nur im Oktober durch die Aufhebung der Subventionen für viehwirtschaftliche Produkte statt, die die Lebenshaltungskosten um 14% steigerten. Gleichzeitig erhöhte das Preis-Lohn-Abkommen vom August die Tariflöhne durchschnittlich um 11% (einschließlich der Kinderzulagen für eine Familie mit zwei Kindern um 21,6%). Die *Verdienste* sind allerdings infolge Überstunden und indirekter Lohnerhöhungen etwas stärker gestiegen (vom Dezember 1947 bis Oktober 1948 um 22,7%). Der Abstand der *Lebenshaltungskosten* zu den offiziellen Preisen und Tariflöhnen hat sich von Dezember 1947 bis Dezember 1948 von 17,0% auf 15,1% ermäßigt (April 1945 = 100). Die tatsächliche Verbesserung der Reallöhne war jedoch zweifellos größer, da die *Schwarmarktpreise* für Lebensmittel im gleichen Zeitraum um 79% gesunken sind. Außerdem hat sich das Warenangebot zu offiziellen

¹⁾ Die Giro Guthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank werden nicht zur Zirkulation gerechnet, da sie als Liquiditätsreserve des Kreditapparates nicht virulent sind.

Preisen quantitativ und qualitativ verbessert und die Lebensmittelrationen wurden nahezu auf das psychologische Existenzminimum erhöht.

Die gegenwärtige Lage

Nach der günstigen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Laufe des Jahres 1948 droht zur Jahreswende infolge der *kritischen Energielage* die Gefahr eines Rückschlages.

Nach den Plänen des Energieverteilungsdirektoriums sollten in den Wintermonaten im Verbundnetz täglich 8,2 Mill. kWh elektrische Energie erzeugt werden. Diese Strommenge hätte ausgereicht, die Industrie nach Schaltstufe III und die übrigen Verbrauchergruppen im Rahmen der planmäßig vorgesehenen Stromsparmaßnahmen mit elektrischer Energie zu versorgen. Ernstere Störungen der Wirtschaft, insbesondere größere Produktionsausfälle, wären nicht zu erwarten gewesen.

Die verfügbaren Stromsparmaßnahmen wurden jedoch von den Verbrauchergruppen nicht eingehalten. Eine Reihe von Industriebetrieben verbrauchte mehr als das Doppelte der ihnen zugedachten Stromkontingente¹⁾. Zur Deckung des erhöhten Verbrauches wurden bereits im November täglich 9,4 Mill. kWh, also um 1,2 Mill. kWh mehr Strom erzeugt, als vorgesehen war. Da außerdem die Wasserführung der Flüsse und damit die Erzeugung von Wasserkraftstrom übersaisonmäßig stark zurückging, mußten im IV. Quartal 1948 an Stelle der geplanten 175 bis 200 Mill. kWh fast 350 Mill. kWh in Dampfkraftwerken erzeugt werden. Diese Überbeanspruchung der Dampfkraftwerke hatte eine rasche Erschöpfung ihrer Kohlenvorräte zur Folge. Laut Energieplan sollten die kalorischen Werke zu Beginn des Jahres 1949 noch über einen Vorrat von 150.000 t Kohle verfügen, die zusammen mit den laufenden Lieferungen während der kritischen Wintermonate Jänner und Februar hätten verbraucht werden können. Tatsächlich waren die Vorräte von 165.000 t Ende September auf ungefähr 62.000 t Ende Dezember zurückgegangen, obwohl bereits im Dezember der ursprüngliche Schaltplan nicht mehr eingehalten wurde, sondern Gruppenabschaltungen und generelle Kürzungen des Stromverbrauchs veranlaßt wurden.

Da die laufend vorgesehenen Kohlenzuteilungen keinesfalls den Bedarf der Kraftwerke in den Win-

¹⁾ Der gegenwärtige Strompreis ist so niedrig, daß viele Betriebe lieber hohe Geldstrafen für eine Überschreitung der Stromkontingente bezahlen, als den Stromverbrauch einzuschränken. Verbundstrom kommt billiger als eigener Strom und auch als Kohlenheizung.

termonaten decken können, ist ein starker Rückgang der kalorischen Stromerzeugung zu erwarten, falls ihnen nicht durch erhöhte Einfuhren (was jedoch sehr unwahrscheinlich ist) oder durch Kürzung der Zuteilungsquoten für andere Verbrauchergruppen bedeutend mehr Kohle zugeteilt werden kann, als planmäßig vorgesehen ist. Das Energieverteilungsdirektorium hat bisher eine Erhöhung der Kohlenzuweisungen an die kalorischen Werke zu Lasten anderer Verbrauchergruppen abgelehnt. Falls nicht die Leistung der Wasserkraftwerke infolge eines milden Winters zunimmt²⁾, wird man sich doch dazu entschließen müssen. Andernfalls wären fühlbare Produktionseinschränkungen mit allen Nebenwirkungen, wie erhöhte Arbeitslosigkeit, Mangel an Konsumgütern und Zwischenprodukten, unvermeidlich.

Was die Umsätze anbelangt, so hat die starke Nachfragebebung in den Herbstmonaten bereits vor Weihnachten etwas nachgelassen. Das Weihnachtsgeschäft war zwar auch im Dezember im allgemeinen gut; die gewöhnlich unmittelbar vor den Feiertagen zu beobachtende Umsatzspitze ist jedoch diesmal ausgeblieben. Die im letzten Bericht (Seite 408) vertretene Ansicht, daß die starke Nachfragebebung im Herbst überwiegend auf eine durch spekulative Momente begründete Vorverlagerung der Weihnachtseinkäufe zurückzuführen war, hat sich damit bestätigt. Nach Weihnachten sind die Umsätze nach vorliegenden Einzelbeobachtungen wieder stark zurückgegangen. Der flauere Geschäftsgang hat vielfach bereits Preissenkungen auf den freien und „grauen“ Märkten ausgelöst. Die Preisauftriebstendenz vor Weihnachten, die im übrigen vielfach überschätzt wurde, da es sich teilweise nicht um echte Preiserhöhungen, sondern nur um Qualitätsverbesserungen handelte, hat damit saisonbedingt ein Ende gefunden. Die Tendenz sinkender Preise dürfte auch in den kommenden Wintermonaten anhalten. Der Preisrückgang wird sich vor allem auf jene Preise erstrecken, die in der Vorweihnachtszeit saisonbedingt angezogen haben, wie vor allem die „schwarzen“ Preise für Nahrungsmittel sowie die amtlich tolerierten Preise für Genussmittel, wie Tee, Kaffee und Kakao.

Die kurzfristige leichte Preissenkungstendenz

²⁾ Eine leichte Entlastung kann dadurch erwartet werden, daß Ende Dezember ein neuer Generator im Ennskraftwerk „Mühlradung“ mit 6.000 kW in Betrieb genommen wurde und das Gerloswerk (60.000 kW Ausbauleistung) anfangs Jänner wieder einsatzbereit werden dürfte. Der Zuwachs darf jedoch nicht überschätzt werden, da die Wasserkraftwerke während des Winters nur mit einem Bruchteil ihrer vollen Leistung arbeiten können.

schließt jedoch nicht aus, daß sich nach und nach, vor allem mit dem saisonbedingten Aufschwung im Frühjahr (Beginn der Bausaison), die von der Geldseite wirkenden Auftriebendenzen durchsetzen werden. Diese Gefahr mag durch die Tilgung eines Teiles der Bundesschuld an die Nationalbank in Höhe von 1,4 Mrd. S aus den Erlösen ausländischer Hilfslieferungen etwas abgeschwächt werden. Die Abbuchung der Erlöskonten wirkt zwar nicht unmittelbar antiinflationistisch, da die zirkulierende Geldmenge unverändert bleibt. Sie verhindert jedoch, daß bis jetzt nicht virulente Geldreserven in Höhe von 850 Mill. S¹⁾, die überwiegend noch vor dem Währungsschutzgesetz aus dem Umlauf gezogen worden waren, wieder in die Wirtschaft strömen.

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Jahre

Der wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1948 gestattet es der Wirtschaftspolitik, sich im kommenden Jahre mehr als bisher den „Long-term“-Problemen der österreichischen Wirtschaft zuzuwenden. Die Notwendigkeit eines langfristigen Wirtschaftsprogramms ergibt sich aus dem Umstand, daß Österreich voraussichtlich nur bis zum Jahre 1952 ausländische Hilfe erhalten wird. Bis dahin muß das Leistungsniveau der österreichischen Wirtschaft soweit gesteigert werden, daß sie von ausländischer Hilfe unabhängig wird und der Bevölkerung aus eigener Kraft einen erträglichen Lebensstandard sichern kann. Diese Aufgabe erfordert ein konstruktives wirtschaftliches Konzept mit konkreten Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zum Erreichen der gesteckten Ziele notwendig sind. Im Rahmen dieses Konzepts müssen sämtliche Teilbereiche der Wirtschaftspolitik, von der Produktions- und Investitionspolitik bis zur Währungs- und Budgetpolitik zu einem einheitlichen Ganzen koordiniert werden. Vorarbeiten hierzu finden sich bereits im „Long-term“-Programm, das die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere auf dem Gebiet des Außenhandels und der Produktion bis zum Ende des ERP skizziert, sowie in den Wirtschaftsplänen, die bisher für einzelne Wirtschaftszweige ausgearbeitet wurden. Die Pläne müssen jedoch noch vertieft, koordiniert und mit den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang gebracht werden. So bedarf vor allem die *Wahl des Strukturideals*, dem die österreichische Wirtschaft zustreben soll — mögliche

Unabhängigkeit vom Ausland oder weitgehende Eingliederung in den arbeitsteiligen Prozeß der Weltwirtschaft, Ausbau kapitalintensiver Urproduktionen oder Förderung der Finalindustrien —, noch einer Klärung.

Außerdem muß der *Finanzierung* des Wiederaufbaues mehr Augenmerk geschenkt werden. So wichtig und vordringlich eine Reihe von Investitionen auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten auch sein mag, für die gesamte Wirtschaftsentwicklung ist eine stabile Währung zweifellos von noch entscheidenderer Bedeutung, weil sie die Hauptvoraussetzung für das Gedeihen alles Wirtschaftens ist. Die Stabilität der Währung bleibt nur dann gewahrt, wenn die Investitionen (einschließlich der ausgewiesenen und der sonstigen Defizite öffentlicher Körperschaften) dem inländischen Sparvolumen (einschließlich der Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen) entsprechen²⁾. Da die für das Jahr 1949 zu erwartenden Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen größtmäßig bereits annähernd durch die in den Budgets der öffentlichen Körperschaften ausgewiesenen Defizite sowie von den zusätzlichen Ausgaben für den Wohnungswiederaufbau, für Subventionen, Besatzungskosten und Ausländerbetreuung absorbiert werden und die dem Kreditmarkt zur Verfügung stehenden inländischen Ersparnisse sehr gering sein werden, verbleiben für eine nichtinflationistische Finanzierung von Investitionen über den Kapitalmarkt nur relativ kleine Beträge. Es wird daher einer sehr vorsichtigen Geld- und Investitionspolitik bedürfen, damit der Geldrahmen nicht gesprengt wird. Eine weitere Geldvermehrung müßte im Jahre 1949 nicht zuletzt deshalb inflationistisch wirken, weil infolge der zunehmenden Kapazitätsausnutzung der Wirtschaft sowie der bereits bestehenden Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte nur noch relativ geringe Produktions- und Produktivitätssteigerungen erwartet werden können.

Ein Forcieren der Investitionen wäre nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig die Defizite der öffentlichen Körperschaften abgebaut werden könnten. Eine Möglichkeit hierzu böte eine Neuordnung des verzerrten Preisgefüges. Die derzeit bestehenden Relationen der offiziellen Preise stammen, ausgenommen die Preise für viehwirtschaftliche Produkte, die im Oktober 1948 erhöht wurden, noch aus der Zeit des Preis-Lohn-Abkommens vom August 1947. Damals wurde ein Preisniveau fixiert, das viele Spannungen aufwies, die bis heute nicht beseitigt werden konnten. So liegen die Tarife

¹⁾ Für die übrigen 600 Mill. S wird die Nationalbank Wechsel zur Investitionsfinanzierung deskontieren.

²⁾ Siehe „Zur Frage der Kreditlenkung“ S. 466 ff.

einiger öffentlicher Körperschaften, vor allem die Gütertarife der Eisenbahnen, die Strom- und Kohlenpreise, die Verbraucherpreise für pflanzliche Nahrungsmittel sowie die Mieten teilweise noch bedeutend unter den Gestehungskosten.

Die künstliche Tiefhaltung dieser Preise kostet dem Staat jährlich rund 800 Mill. S¹⁾, die aus dem Hilfsfonds oder inflatorisch gedeckt werden müssen. Außerdem verleitet sie die Wirtschaft zu Fehldispositionen, da die Kalkulationsgrundlagen verfälscht werden. So begünstigt insbesondere der niedrige Strompreis die Entwicklung energieintensiver Betriebe und eine beschleunigte Elektrifizierung des Produktionsprozesses und der Haushalte, die angesichts der gegenwärtigen Stromknappheit gesamtwirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden kann.

Eine möglichst rasche Normalisierung der Preisstruktur läge somit nicht nur im Interesse des Fiskus, sondern würde auch Fehlinvestitionen verhindern oder zumindest einschränken. Der Entschluß des Ministerrates, im Laufe des Jahres 1949 sowohl die Kohlensubventionen (die vorläufig bis Ende Februar verlängert wurden) als auch die Lebensmittelsubventionen abzuschaffen, entspräche daher zweifellos einem dringenden volkswirtschaftlichen Gebote. Auch die geplante Erhöhung der Gütertarife der Bundesbahnen erscheint gesamtwirtschaftlich begründet. Die zu erwartenden Preiserhöhungen werden jedoch nur dann zu einer Normalisierung der Preisstruktur führen, wenn das Geldvolumen knapp

¹⁾ Das laufende Defizit der Bundesbahnen wird für 1949 mit 160 Mill. S veranschlagt, die Kohlensubventionen belaufen sich auf 150 bis 160 Mill. S jährlich, für den Wohnungswiederaufbaufonds, der ab 1950 durch Beiträge der Mieter, Vermieter und Hypothekargläubiger finanziert werden soll, werden im Jahre 1949 300 Mill. S aus staatlichen Mitteln beigestellt und die Agrarsubventionen für pflanzliche Produkte betragen für das Wirtschaftsjahr 1947/48 rund 200 Mill. S.

Zum Defizit von 800 Mill. S müßte auch noch der aus der Niedrighaltung der Strompreise resultierende Substanzverzehr der in öffentlicher Hand befindlichen Elektrizitätswerke gerechnet werden.

gehalten wird. Unter dieser Voraussetzung würden sich die Preiserhöhungen dieser wichtigen Produkte weitgehend mit Preissenkungen anderer, zurzeit überhöhter Preise kompensieren, so daß wahrscheinlich nur geringfügige Lohnanpassungen notwendig wären, um ein neues Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen herzustellen.

Gegenwärtig, solange sich die Währung nicht in einem höheren Maße konsolidiert hat, würden jedoch vermutlich bereits geringfügige Preiserhöhungen zu einer Beunruhigung der Wirtschaft und in weiterer Folge zu einem allgemeinen Preis- und Lohnauftrieb führen, der die wirtschaftliche Stabilität ernstlich gefährden könnte. Es wird daher wohl zu überlegen sein, ob nicht die auf die Dauer unvermeidlichen Preisanpassungen trotz der damit verbundenen Nachteile so lange aufgeschoben werden sollen, bis sich die Wirtschafts- und die Währungsfrage so weit gebessert und gefestigt haben, daß Preiserhöhungen einzelner wichtiger Produkte von der Wirtschaft ohne Erschütterungen getragen werden können.

Dagegen wäre eine Verminderung des Budgetdefizits auf eine andere Art zu erwägen. Das gegenwärtige Steuersystem ist durch die Preissteigerung der vergangenen Jahre überholt und verteilt die Steuerlasten äußerst ungleich. Unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen sind die gesamten Steuereinnahmen trotz der theoretisch hohen Steuersätze nur etwa so hoch wie im Jahre 1937. Eine Neuordnung des ganzen Steuersystems erschiene dringend geboten. Wahrscheinlich wäre es möglich, bei einer gerechteren Verteilung der Steuern und einer strenger Kontrolle der Steuerzahler die Steuersätze zu ermäßigen und trotzdem ein höheres Steueraufkommen zu erzielen.

Schließlich sollte unverzüglich mit den Vorarbeiten für eine auf die Dauer doch unvermeidliche Verwaltungsreform begonnen werden, die zwar nicht sofort, aber doch schrittweise den Staatshaushalt entlasten würde.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 471—472.

Der *Notenumlauf* nahm nach einem auerwohnlich starken Rückstrom während des Monats November, zufolge der hohen Ultimobeanspruchung, um rund 89 Mill. S zu. Die Zunahme war trotz verstärkter Baranspruche der Wirtschaft für die Auszahlung von Weihnachtsremunerationen geringer als die bisherige monatliche Umlaufvermehrung seit der Währungsreform (durchschnittlich 179 Mill. S). Gleichzeitig erhöheten sich die *freien Giro Guthaben* der Kreditinstitute bei der Nationalbank — trotz Übertragungen größerer Marshall-Plan-Erlöse an den Hilfsfonds¹⁾ — um rund 57 Mill. S und die freien Guthaben öffentlicher Stellen um rund 64 Mill. S.

Die Vermehrung des Gesamtumlaufes der Nationalbank wurde ausschließlich durch zusätzliche Notenbankkredite finanziert. Neben 114 Mill. S Bundesschatzscheinen nach § 27 WSchG sowie rund 5 Mill. S Handelswechseln übernahm die Nationalbank erstmalig Schatzscheine nach § 2, Abs. 1, lit. b der Novelle zum Notenbankuberleitungsgesetz in Höhe von 162 Mill. S. Es handelt sich da überwiegend um Schatzwechsel, die bereits in den Jahren 1946 und 1947 zur Deckung der Besatzungskosten ausgegeben worden sind und zu deren weiterer Prolongierung sich nun einzelne Kreditinstitute außerstande erklärten. Die erstmalige Übernahme von alten Schatzscheinen durch die Nationalbank bestätigt die bereits im letzten Bericht (S. 410) erwähnte Tatsache, daß die Kreditinstitute auch nach Einlösung der nach § 27 WSchG zur Liquiditastarkung begebenen Schatzscheine noch einen ziemlich großen Spielraum für eine unabhängige Kreditausweitung besitzen, da sie außerdem über alte Schatzscheine verfügen, die sie liquidieren können.

Am 10. Dezember wurden die gesperrten Einlagen öffentlicher Stellen bei den Kreditinstituten (rund 600 Mill. S) frei, nachdem die Sperrkonten der Privatwirtschaft bereits je zur Hälfte im Juni und im September deblockiert wurden. Die freigegebenen Beträge werden rasch auf den Markt strömen und virulent werden, da die Finanzen der öffentlichen Körperschaften stark angespannt sind.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* erhöheten sich im Oktober um weitere 51 Mill. S. Davon entfielen 32 Mill. S auf Scheckeinlagen und 19 Mill. S auf Spareinlagen. Da Rückbuchungen von Konten sozial Bedürftiger im allgemeinen bereits abge-

¹⁾ Die gesperrten Konten öffentlicher Stellen erhöheten sich nach Abzug freigegebener und abgehobener Beträge um rund 71 Mill. S.

schlossen sind, dürfte eine echte Erhöhung der Spareinlagen vorliegen.

Auf dem *Aktienmarkt* trat nach Abklingen der Wahrungsgeruchte eine geringfügige Senkung des Kursniveaus ein. Der Index von 23 Industrieaktien sank von Mitte November bis Mitte Dezember um 6,6% (von 358,0 auf 334,4, März 1938 = 100). Auffallend ist der starke Kursrückgang in der Zuckerindustrie (19,6%) und in der Brauindustrie (15,4%).

Ausweitung des Kreditvolumens im dritten Quartal 1948

Obwohl die Kreditinstitute bereits seit Jahresmitte ihre Liquidität ersten Grades angespannt sehen, konnten sie ihr *Kreditvolumen* auch im dritten Quartal 1948 beträchtlich ausweiten. Die finanziellen Mittel beschafften sie sich hauptsächlich durch die Weitergabe von Bundesschatzscheinen nach § 27 WSchG an die Nationalbank (rund 380 Mill. S in den Monaten Juli bis September 1948). Die Summe der aushaftenden Kredite hat im dritten Quartal 1948 um rund 360 Mill. S (von 3.044 Mill. S auf 3.404 Mill. S) zugenommen. Die Zunahme war etwas größer als im zweiten Quartal (333 Mill. S), blieb aber gegenüber der besonders starken Kreditausweitung vom ersten Quartal (565 Mill. S), die unter dem Einfluß des Wahrungsschutzgesetzes erfolgte, zurück.

Vom Gesamtzuwachs im dritten Quartal entfielen rund 38% auf längerfristige, 15% auf mittelfristige und 47% auf kurzfristige Kredite. Im Vergleich zur Kreditausweitung im zweiten Quartal 1948 fällt die relative Abnahme (von 58% auf 38%) der zusätzlichen längerfristigen Kredite auf. Dafür haben bei unverändertem Anteil der mittelfristigen Kredite die kurzfristigen Kredite (von 27% auf 47%) relativ zugenommen. Die Verschiebung der Kreditstruktur zugunsten der kurzfristigen Kredite dürfte teils auf eine Zunahme der landwirtschaftlichen Überbrückungskredite und teils auf das Anlaufen der Rohstofflieferungen des Marshall-Plans zurückzuführen sein, die einen bedeutenden Finanzbedarf (zunächst insbesondere im Import- und Großhandel) ausgelöst haben, der zum überwiegenden Teil durch Bankkredite gedeckt werden muß.

Die Kredite über 50.000 S erhöheten sich um 352,2 Mill. S (das sind rund 98% der gesamten Kreditausweitung gegenüber 202,5 Mill. S oder rund 61% im zweiten Quartal). Demgegenüber blieb die Zunahme der mittleren Kredite (10.000 bis 50.000) fast unverändert (32 Mill. S gegenüber 28 Mill. S im zweiten Quartal). Die Summe der kleinen Kredite

(unter 10.000 S) verminderte sich sogar um 14 Mill. S, während sie im vorhergehenden Quartal noch um 102 Mill. S zugenommen hatte.

Saisonbedingt verstärkt (Überbrückungskredite bis zur Liquidierung der Ernte) hat sich vor allem das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft, die 76 Mill. S neue Kredite aufnahm gegenüber 18 Mill. S im zweiten und 62 Mill. S im ersten Quartal 1948. Die Zunahme der Industriekredite war, ebenso wie die zusätzliche Kreditaufnahme bei Gewerbe und öffentlichen Kreditnehmern, geringer als im zweiten Quartal, während die Verschuldung des Handels um mehr als das Doppelte zunahm (46 Mill. S gegenüber 17 Mill. S). Auch die Gruppe „sonstige Kreditnehmer“ — größtenteils Konsumkredite — wies eine etwas höhere Zunahme der Kreditsumme auf als im letzten Quartal.

Prozent-Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige an der Zunahme der Gesamtverschuldung

	I. Quartal 1948	II. Quartal 1948	III. Quartal 1948
Landwirtschaft . . .	10'9	5'4	21'1
Industrie	41'9	50'6	34'2
Gewerbe	14'2	12'6	8'6
Handel	20'5	5'1	12'7
Länder	3'6	7'4	3'7
Sonstige	8'9	18'9	19'7
	100'0	100'0	100'0
	(565 Mill. S)	(333 Mill. S)	(360 Mill. S)

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 473—475

Die *Arbeiternettotariflöhne* blieben im Dezember gegenüber dem Vormonat unverändert. Der Tariflohnindex wurde im Oktober nachträglich um 0'1% (rückwirkende Lohnerhöhung der Molkereiarbeiter im „Nachzieh“verfahren) und im November um weitere 0'5% (Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge) erhöht und erreicht nun einschließlich der Kinderzulagen 376'0 (April 1945 = 100).

Die *Arbeiternettoverdienste* erhöhten sich im Oktober infolge des Preis-Lohn-Abkommens um 13'1%. Der Verdienstindex¹⁾ stieg auf 316'6 (August 1938 = 100).

Die Preise auf den *freien* und „*schwarzen*“ Märkten zeigten in der Berichtsperiode im allgemeinen eine leicht steigende Tendenz. Nur auf den reagiblen Märkten bröckelten sie langsam ab, nachdem sich die Währungsgerichte als unzutreffend erwiesen hatten. Die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum fielen von Mitte November bis

¹⁾ Im Verdienstindex wurden die Kinderzulagen nicht berücksichtigt.

Mitte Dezember um 5'7%, wobei insbesondere der Preisrückgang bei Gold (13'3%) bemerkenswert ist. Die „*schwarzen*“ Devisenkurse stiegen zwar im November noch um 4'3%, begannen aber in der ersten Dezemberhälfte wieder zu sinken. — Dagegen hielt der Preisauftrieb auf den freien und „*schwarzen*“ Warenmärkten weiter an. Die „*schwarzen*“ Nahrungsmittelpreise (Mehl, Weißbrot, Schmalz und Zucker) stiegen um 6'1%; aber auch auf anderen freien Warenmärkten waren Preissteigerungen zu beobachten. Sie dürften hauptsächlich auf die vorweihnachtliche — also saisonbedingte — Verstärkung der Konsumgüternachfrage zurückzuführen sein, die durch Auszahlung von Weihnachtsremunerationen eine zusätzliche Effizienz erhielt, während mit dem Warenangebot aus steuerlichen Gründen vielfach zurückgehalten wurde.

Die *offiziellen Höchstpreise* blieben im November und in der ersten Dezemberhälfte unverändert. Dagegen waren bei einigen Waren, deren Preise durch Kalkulationsvorschriften geregelt sind, ebenfalls Preiserhöhungen zu beobachten.

Die *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema stiegen von Mitte November bis Mitte Dezember um 0'4% (von 430'8 auf 432'6, April 1945 = 100). Die geringfügige Erhöhung wurde fast ausschließlich durch das saisonmäßige Steigen der Obstpreise hervorgerufen. Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und dem Index der Nettotariflöhne beträgt nun 15'1% (gegenüber 14'6% im November, 13'0% im Oktober und 15'9% im September vor Abschluß des neuen Preis-Lohn-Abkommens). Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die tatsächlich bezahlten Lohnsätze ebenso wie die Verdienste vielfach bereits über den Tariflöhnen liegen.

Der wöchentliche *Aufwand für rationierte Nahrungsmittel* in Wien ist in den dem Preis-Lohn-Abkommen folgenden zwei Kartenperioden trotz höherer Preise für Brot, Fett, Fleisch, Milch und Milchprodukte nur unbedeutend gestiegen.

Wöchentlicher Aufwand für rationierte Nahrungsmittel in Wien

	Arbeiterfamilie		
	ohne Kind	mit einem Kind in S	mit zwei Kindern
13. IX.—10. X.: 45. Periode ¹⁾	30'43	45'33	61'53
11. X.—7. XI.: 46. „ ²⁾	32'18	49'44	67'44
8. XI.—5. XII.: 47. „	29'98	47'03	65'12
Ernährungszulage pro Woche	7'85	7'85	7'85
Kinderzulage	—	5'19	10'38

¹⁾ Berechnet zu alten Preisen.

²⁾ Berechnet zu neuen Preisen.

Die Ernährungszulage wurde in den auf das Preis-Lohn-Abkommen folgenden zwei Kartenperioden bei kinderlosen Arbeiterfamilien überhaupt nicht und bei Familien mit Kindern nur zum Teil zur Deckung des Mehraufwandes beansprucht; die Kinderzulagen waren zur Gänze für andere Ausgaben verfügbar. Daß die Ernährungszulagen sowie die Kinderbeihilfen den Mehraufwand für rationierte Nahrungsmittel überschreiten, ist hauptsächlich auf die Zusammensetzung der Aufrufe (Fisch oder Fleischkonserven statt Frischfleisch, geringere Fettaufrufe in der Zuteilung usw.) zurückzuführen¹). Außerdem verminderte sich der Mehraufwand für rationierte Lebensmittel dadurch, daß einige Lebensmittel (z. B. Importgemüse, bulgarische Weintrauben usw.), die früher nur auf Aufruf erhältlich waren, freigegeben wurden. Da die freigegebenen Waren weiterhin gekauft werden, dürfte der tatsächliche Mehraufwand etwas höher liegen, ohne jedoch die Zulagen zu überschreiten.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 476—477

In der 48. Zuteilungsperiode (6. Dezember 1948 bis 2. Jänner 1949) entstand trotz ausgeglichenem Versorgungsplan (40% des Gesamtbedarfes an Kalorien sollten aus der Eigenaufbringung, 60% aus ausländischen Quellen gedeckt werden) ein beträchtliches Fettdefizit, da der amerikanische Dockarbeiterstreik die rechtzeitige Verschiffung der für Österreich bestimmten Fettmengen verhinderte. Erst durch eine von England gewährte Überbrückungshilfe von 2.000 t Fett aus Notstandsreserven gelang es, den laufenden Fettaufruf sicherzustellen. Die bereits entstandenen Fettschulden dürften jedoch erst in der nächsten Periode voll erfüllt werden können¹).

Die anfangs reichlichen Getreideablieferungen haben in der zweiten Oktober- und ersten Novemberhälfte nachgelassen. Auf Grund der besseren Ernte dieses Jahres, vor allem aber infolge der günstigeren Preisgestaltung wurde bis Ende November eine 80%ige Ablieferung des Brotgetreide- und Gerstenkontingentes erwartet. Tatsächlich sind aber bis zum 20. November nur 55% des Brot-

getreide- und 45% des Gerstenkontingentes erfüllt worden. Seit dem 20. November hat sich die Ablieferung in den Hauptproduktionsgebieten wieder etwas gebessert. Die bis Ende November 1948 erwartete Ablieferungshöhe konnte jedoch nicht erreicht werden. Insgesamt wurden an *Brotgetreide*, einschließlich der Überkontingentlieferungen (rund 5.000 t) bis zum 21. November 131.000 t gegenüber rund 100.000 t bis Mitte November des Vorjahres abgeliefert. Die gesamte Gersteaufbringung ist infolge der relativ hohen Überkontingentlieferungen (nahezu 7.000 t) mit rund 24.000 t um etwa 5.000 t höher als im entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres; die Ablieferungen auf das Kontingent sind jedoch um 2.000 t geringer. Auch *Hafer* und *Mais* wurden um je 2.000 t weniger als im Vorjahr abgeliefert.

Nach alledem ist auch in diesem Jahre kaum eine volle Erfüllung der Kontingente zu erwarten, obwohl das Gerstenkontingent um 16%, das Haferkontingent sogar um 43%, niedriger als im Jahre 1947 bemessen wurde (die vorjährigen Kontingente wurden nur zu 60 bis 70% erfüllt). Eine der Hauptursachen für die unbefriedigende Marktleistung, insbesondere bei Gerste, Hafer und Mais, sind die ungesunden Preisrelationen, insbesondere der große Unterschied zwischen den Überkontingentpreisen von Weizen und Gerste. Außerdem dürften die weit über dem Inlandspreis liegenden Preise für importierten Futtermais die Produzenten veranlassen, eigenen Mais und darüber hinaus auch andere Getreidearten zu verfüttern, anstatt die für Ernährungszwecke vorgesehenen Kontingente zu erfüllen und teuren ausländischen Mais einzukaufen.

Die *Kartoffelaufbringung*, die anfangs weit besser als im Vorjahr war, beginnt nunmehr ebenfalls zurückzubleiben. Bis Ende November wurden 345.000 t Speise- und Industriekartoffeln abgeliefert gegenüber 360.000 t im Vorjahr. Die Ursache dürfte vor allem in der seinerzeit infolge Absatzstockungen verfügbaren Drosselung der Ablieferung liegen, die die Produzenten veranlaßt hat, ihre Kartoffeln einzukellern bzw. einzumieten. Die trotz der reichlichen Ernte schleppende Ablieferung hat die westlichen Bundesländer gezwungen, Kartoffeln insbesondere aus Bayern einzuführen. Bis Ende November haben Salzburg und Tirol etwa 5.000 t Kartoffeln aus Bayern bezogen.

Die *Milchablieferung* war im Oktober mit rund 55.000 t und einer Marktleistung von 174 kg je Kuh und Tag die höchste seit Kriegsende. Dementsprechend erreichte auch die Butter- und Käse-

¹) Die ursprüngliche Vorausberechnung nach dem Soll-Zuteilungsschema ergab eine ungefähre Entsprechung zwischen Kinder- bzw. Ernährungszulagen einerseits und Mehraufwand für rationierte Nahrungsmittel andererseits. Siehe Nr. 9 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jahrgang (1948), S. 323.

¹) Das Defizit an Fett für die 47. und 48. Zuteilungsperiode betrug rund 3.700 t, so daß nach Erhalt der Überbrückungshilfe noch immer rund 1.700 t ungedeckt blieben.

aufbringung den bisherigen Höchststand. Nach unvollständigen Meldungen ist im November jedoch als Folge der Umstellung von Grün- auf Trockenfütterung wieder ein saisonbedingter Rückgang eingetreten.

Die Eieraufbringung ist trotz der den Geflügelhaltern eingeräumten Nachlieferfrist bis Jahresende und der Androhung verschärfter Strafen bei Nichterfüllung der Kontingente im Oktober weiter stark zurückgegangen, obwohl die Witterungsbedingungen die Legetätigkeit gefördert haben.

Die voraussichtliche Nahrungsmittelversorgung im Wirtschaftsjahr 1948/49

Die im Rahmen des ersten ERP-Jahres angekündigten Lebensmittellieferungen und die seinerzeit der heimischen Landwirtschaft auferlegten Ablieferungskontingente ermöglichen bereits jetzt einen globalen Überblick über die Nahrungsmittelversorgung im laufenden Wirtschaftsjahr. Sowohl auf der Bedarfsseite (durch Rationsänderungen, Verschiebungen in der Zahl und Zusammensetzung der Verbraucher) als auch auf der Aufbringungsseite (durch Verminderung bzw. Vergrößerung der Marshall-Plan-Hilfe als Folge von Preisschwankungen sowie durch Nichterfüllung bzw. Überlieferung der landwirtschaftlichen Kontingente) können sich zwar noch einige Abweichungen von den hier errechneten Zahlen ergeben. Sie dürften jedoch größenordnungsmäßig kaum entscheidend ins Gewicht fallen.

Unter der Annahme, daß die Kontingente voll erfüllt werden, daß die in Aussicht gestellten Lebensmittelzuschüsse im Rahmen des ERP tatsächlich eintreffen, und schließlich, daß auch auf der Bedarfsseite keine unvorhergesehenen Änderungen eintreten, erscheint die Ernährungsbilanz im Wirtschaftsjahr 1948/49 kalorienmäßig ausgeglichen. Der Gesamtbedarf der Nichtselbstversorger in Höhe von 4·6 Bill. Kalorien wird zu 36·6% aus der Eigenaufbringung und zu 62·9% aus den Marshall-Plan-Lieferungen gedeckt¹⁾. Das verbleibende geringfügige Defizit von 0·5% des Gesamtbedarfes wird unschwer durch kommerzielle Einfuhren gedeckt werden können, da bereits im Jahre 1947 1% des Kalorienbedarfes durch Importe aus eigener Kraft bestritten wurde.

Die Annahme, daß die inländischen Ablieferungsvorschriften voll erfüllt werden, dürfte

¹⁾ Die Gesamtkosten der Nahrungsmittelimporte im Wirtschaftsjahr 1948/49 wurden mit 165 Mill. Dollar veranschlagt. Davon entfallen 125 Mill. Dollar auf Lebensmittelinimporte im Rahmen des ERP und 40 Mill. Dollar auf kommerzielle Einfuhren.

Schätzung von Bedarf und Deckung an rationierten Nahrungsmitteln für Nichtselbstversorger im Wirtschaftsjahr 1948/49

(1. Juli 1948 — 30. Juni 1949)

Lebensmittel	Bedarf ¹⁾ Mill.Kal.	Deckung durch				
		Eigenaufbringung Mill.Kal.	ERP Mill.Kal.	Mill.Kal.		
Mehl	658.762	2.173.915	203.550	671.715	576.400	1.902.120
Nährmittel . . .	164.290	593.087	41.501 ²⁾	149.818	38.961 ⁴⁾	140.650
Fleisch	84.979	169.958	72.000	144.000	7.500	15.000
Fett	74.535	656.653	14.145 ³⁾	124.618	58.500 ⁵⁾	515.385
Milch (Frisch-) .	226.799	120.203	226.799	120.203	—	—
Magermilch . . .	43.950	15.383	43.950	15.383	—	—
Hülsenfrüchte .	42.038	128.216	—	—	18.000	54.900
Zucker ⁶⁾	109.192	436.768	44.000	176.000	60.000	240.000
Kartoffeln . . .	413.800	268.970	413.800	268.970	—	—
Zusammen . . .		4.563.153		1.670.707		2.868.055

¹⁾ 3 Zuteilungsperioden 1800 Kalorienbasis, 4 Zuteilungsperioden 2100 Kalorienbasis und 6 Zuteilungsperioden 2150 Kalorienbasis.

²⁾ Grieß, Haferflocken, Rollgerste, Maismehl und -grieß (39.174 t), Eier 120 Millionen Stück.

³⁾ 12.848 t Butter (Milchkontingent nach Abzug des Frischmilchbedarfes), 3202 t Schmalz und 827 t Rindertalg.

⁴⁾ 5000 t Trockenmilch, 2000 t Trockenei, 5000 t Trockenfrüchte, 5000 t Reis und 22.000 t Grieß.

⁵⁾ Umgerechnet als Reinfett mit 8810 Kalorien.

⁶⁾ Einschließlich des Zuckerbedarfes der Selbstversorger.

allerdings bei Getreide angesichts der bisher unbefriedigenden Ablieferungsergebnisse etwas zu optimistisch sein. Selbst wenn man jedoch annimmt, daß das Getreidekontingent nur zu 80% erfüllt wird, würde der Ausgleich der Ernährungsbilanz keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. In diesem Falle würde die heimische Landwirtschaft nur 33% des gesamten Kalorienbedarfes beistellen. Nach Berücksichtigung der Marshall-Plan-Hilfe wären noch 4·1% des Bedarfes durch kommerzielle Einfuhren zu decken. Dies müßte jedoch durchaus möglich sein, da die österreichische Ausfuhr eine steigende Tendenz aufweist und der Südosten langsam wieder in die Lage kommt, Lebensmittel zu exportieren. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß sich der Anteil der Eigenaufbringung durch eine Mehrablieferung von Milch über das mit 548.000 t für 1948 festgelegte Milchkontingent hinaus sowie durch die Ablieferung von Hülsenfrüchten, für die keine Kontingente bestehen, etwas erhöht.

Ein dem physiologischen Mindestbedarf nahe kommender Kalorienverbrauch erscheint somit bis zum Ende des Wirtschaftsjahres wenigstens mengenmäßig weitgehend gesichert. Es ist jedoch fraglich, ob die derzeitige Zusammensetzung der Rationen, die vor allem wegen des Mangels an ausreichendem tierischem Eiweiß von den physiologischen Mindestanforderungen noch weit entfernt ist, aufrecht erhalten werden kann, da die Bilanzen der einzelnen Nahrungsmittel nicht ausgeglichen sind. Während sich z. B. bei Mehl ein Überschuß von rund 120.000 t (unter der Annahme einer 80%igen Er-

füllung der Kontingente wären es nur 80.000 t) ergibt, der allerdings weitgehend zur Deckung des Nahrungsmittel- und Hülsenfrüchtedefizits beitragen kann; besteht ein ungedeckter Bedarf von rund 5.000 t Fleisch und rund 2.000 t Fett, für den kein Ersatz in anderen tierischen Produkten verfügbar ist. Er müßte durch zusätzliche Importe aus dem Marshall-Plan, durch eigene kommerzielle Einfuhren oder durch erhöhte Inlandaufbringung gedeckt werden. Sollten die fehlenden Fleisch- und Fettmengen weder durch zusätzliche Importe aus dem ERP noch durch kommerzielle Einfuhren zu beschaffen sein, so wäre unter Umständen zu versuchen, die warenmäßige Zusammensetzung der Marshall-Plan-Importe zu ändern. Österreich könnte auf die ERP-Lieferung anderer in Europa leichter zu beschaffender Nahrungsmittel (z. B. Zucker) verzichten, wenn es dafür diese schwer erhältlichen tierischen Produkte erhielte. Eine Deckung des Defizits an Fleisch und Fett durch Ersatznahrungsmittel pflanzlicher Herkunft sollte jedoch soweit als möglich vermieden werden, da der Anteil tierischer Nahrungsmittel an unseren derzeitigen Rationen ohnehin äußerst gering ist.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 477-478

Aus der Schweinezählung vom 3. September 1948 geht hervor, daß die seit dem Jahre 1945 zu beobachtende Aufstockung der Bestände so gut wie zum Stillstand gekommen ist. Der Schweinebestand hat sich von Juni bis September 1948 von 1.41 Mill. Stück auf 1.59 Mill. oder um 13,2% erhöht. Diese Zunahme war jedoch ausschließlich saisonbedingt (der entsprechende Zuwachs in den Jahren 1947 und 1946 betrug 18,6% bzw. 22,8%), so daß der Gesamtbestand nur die Höhe vom entsprechenden Monat des Vorjahres erreichte.

Die Entwicklung des Schweinebestandes

	September 1946 = 100	
	September 1947	September 1948
Ferkel	114	106
Jungschweine	102	104
Zuchteber	98	94
Zuchtsäue	127	117
Schlacht- u. Mastschweine	139	152
Schweine insgesamt	117	117

Innerhalb des unveränderten Gesamtbestandes haben sich allerdings gegenüber dem Vorjahr einige Verschiebungen ergeben. Während der Bestand an Zuchtieren und Ferkeln niedriger ausgewiesen wird als zur gleichen Zeit des Vorjahres¹⁾, hat sich die Zahl der Jungschweine um 2%¹⁾ und die der

Schlacht- und Mastschweine um 9%¹⁾ erhöht. Der erhöhte Anteil der Schlacht- und Mastschweine am gesamten Schweinebestand läßt darauf schließen, daß die Schweine länger gefüttert werden als bisher. Die längere Haltungs- und Fütterungsdauer dürfte auf die gebesserte Futterlage und die weiter bestehende Konjunktur für tierische Produkte auf dem Schwarzen Markt bei gleichzeitigem Rückgang der Schwarzmarktpreise und -umsätze für pflanzliche Produkte zurückzuführen sein.

Für eine weitere Aufstockung des Schweinebestandes besteht zur Zeit kein Anreiz, da die Schwarzschlachtungen zahlenmäßig begrenzt sind und die offiziellen Preisrelationen zwischen Fleisch und Fett einerseits und Futtermittel andererseits die Marktproduktion unrentabel erscheinen lassen²⁾. Der Landwirt hält daher meist nur soviel Schweine, als er zur Deckung des Eigenbedarfes benötigt und ohne Schwierigkeiten auf dem Schwarzen Markt absetzen kann. Eine weitere Aufstockung des Schweinebestandes³⁾ ist erst dann zu erwarten, wenn zwischen Schlachtvieh und Futtermittel normale Preisrelationen hergestellt werden und insbesondere der zu hohe Erzeugerpreis für Überkontingentgerste an die übrigen Preise der Körnerfrüchte angeglichen wird.

Die Entwicklung des Holzeinschlages und des Holzexports

Der *Holzeinschlag* stieg im zweiten Quartal 1948 saisonbedingt auf 2.09 Mill. *fm*⁴⁾ gegenüber 1.36 Mill. *fm* im ersten Quartal 1948⁵⁾. Im ersten Halbjahr wurden damit insgesamt 3.45 Mill. *fm*

¹⁾ Besondere Schlüsse können jedoch aus diesen Bestandsveränderungen nicht gezogen werden, da zwischen dem statistisch nachgewiesenen Zuchtsauen- und Ferkelbestand ein auffallendes Mißverhältnis besteht (siehe Nr. 10 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jahrgang [1948], S. 385).

²⁾ Nach dem Ausbeuteverhältnis entsprechen kalkulationsmäßig rund 5 kg Gerste bzw. 20 kg Kartoffeln einem Zuwachs von 1 kg Schwein lebend. Da die offiziellen Preise für Schweine 6 S, für Überkontingentgerste 2 S und für Kartoffel 0.40 S pro kg betragen, können bei direktem Verkauf von 5 kg Gerste 10 S und von 20 kg Kartoffeln 8 S Erlöst werden, während die indirekte Verwertung der gleichen Mengen zur Aufzucht von Schweinen nur 6 S erbringt.

³⁾ Während der Schweinebestand Westeuropas durchschnittlich nur noch um 28% niedriger ist als vor dem Krieg, beträgt der österreichische Schweinebestand erst 60% von 1937. Im Rahmen des ERP ist eine Erhöhung des Bestandes bis zum Jahre 1952 auf 2.6 Mill. Stück oder 90% des Vorkriegsstandes vorgesehen.

⁴⁾ Ohne Laubholz, das nicht mehr bewirtschaftet war.

⁵⁾ Die Angaben beziehen sich auf das Forstwirtschaftsjahr (1. April 1948 bis 31. März 1949).

oder 65,5%¹ der Jahresumlage geschlägert. Davon entfielen 2,85 Mill. *fm* auf Nutzholz und (einschließlich der als Brennstoffreserve für besondere Notfälle vorgesehenen Nutzumlage B) 0,61 Mill. *fm* auf Brennholz.

Die vorgeschriebenen *Kontingente* für Nutzholzsortimente wurden bei Grubenholz bereits zu 64% und bei Schleifholz und Zelluloseholz zu 51% erfüllt. Dagegen erreichte die Erzeugung von Telegraphenstangen und -masten nur 48% und die Schwellenerzeugung sogar nur 35% der Jahresumlage. Dadurch entstand ein fühlbarer Mangel an Schwellen, der die Bundesbahnen zu größeren Importen von Bahnschwellen zwingt¹). Auch der Schleifholzbedarf kann nicht voll aus dem Inlandsaufkommen gedeckt werden.

Die Entwicklung des Holzeinschlages

	1947		1948	
	1. Quartal in 1.000 <i>fm</i>	2. Quartal <i>ohne Rinde</i>	1. Quartal	2. Quartal
Nutzholz	944,9 ¹⁾	1.214,9 ¹⁾	1.121,7	1.724,7
Brennholz einschl. Nutzholzumlg. B	383,2 ²⁾	780,9 ²⁾	241,6	365,6
Nutz- u. Brennholz	1.328,1	1.995,8	1.363,3	2.090,3
Gerbrinde in <i>q</i>	64.443	64.927	42.033	71.767

¹⁾ Ohne Pa-Ko-Nutzholz.

²⁾ Einschließlich Pa-Ko-Nutzholz (500.000 *fm* Schleif- und Zelluloseholz).

Der Gesamteinschlag war im ersten Halbjahr 1948 nur geringfügig höher (um etwa 4%) als im ersten Halbjahr 1947. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Vorjahr die Pa-Ko-Aktion stattfand; heuer wurde dagegen der gesamte Einschlag von den Forstarbeitern allein bewältigt. Scheidet man im Jahr 1947 das im Rahmen der Pa-Ko-Aktion geschlägerte Holz aus, so ergibt sich eine Produktionssteigerung von etwa 22%. Die Mehrproduktion ist teils der erhöhten Arbeitsproduktivität der Forstarbeiter (infolge besserer Ernährung und eines erhöhten Arbeitsanreizes) und teils einer durch die Geldknappheit ausgelösten erhöhten Verkaufswilligkeit der Waldbesitzer zu verdanken. Da gleichzeitig die Nachfrage nach dem Währungsschutzgesetz stark zurückging, sanken die „schwarzen“ Preise bis auf die Höhe der offiziellen Preise. Der Holzmarkt erscheint damit, abgesehen von einigen schwer erhältlichen Holzsortimenten, im allgemeinen ausgeglichen.

Ein schwieriges Problem der Holzwirtschaft sind die unzulänglichen Bringungs- und Transport-

¹⁾ Im Rahmen des ERP ist der Import von Bahnschwellen in Höhe von 3,66 Mill. Dollar aus Übersee vorgesehen (davon entfallen 1,77 Mill. auf reine Frachtkosten).

möglichkeiten. Im Frühjahr 1948 waren vom Einschlag der vergangenen Jahre noch mehr als 3,5 Mill. *fm* nicht abgeführt. Dieser Abfuhrückstand verminderte sich allerdings bis Ende September auf 0,26 Mill. *fm*; dafür wurden vom laufenden Einschlag (3,45 Mill. *fm*) bis zum gleichen Zeitpunkt nur 0,65 Mill. *fm* transportiert. Der größte Teil des Rohholzes aus dem laufenden Einschlag wird daher der Industrie erst im Frühjahr 1949 zur Verfügung stehen. Eine Besserung der Bringungs- und Transportmöglichkeiten würde eine kontinuierliche Versorgung der Holzverarbeitenden Industrie ermöglichen und gleichzeitig die Qualität des Holzes, die durch die lange Lagerung leidet, heben.

Die *Ausfuhr* von Holz, das vor dem Jahre 1938 zu den wichtigsten Ausfuhrwaren zählte, ist in der Nachkriegszeit stark zurückgegangen. Wurden im Jahre 1937 noch 169.868 Waggon Holz à 10 t exportiert, deren Exportwert 11% der Gesamtausfuhr erreichte, so waren es im Jahre 1947 nur 10.952 Waggon und vom Jänner bis Oktober 1948 20.053 Waggon²⁾. Ihr Anteil an der stark verringerten Ausfuhr betrug im Jahre 1947 nur 5% und in den ersten zehn Monaten des Jahres 1948 9%. Der Rückgang der HolzAusfuhr gegenüber der Vorkriegszeit war bedeutend stärker als der Rückgang des Holzeinschlages. Gemessen am gesamten Holzeinschlag (ohne den Eigenverbrauch der Waldbesitzer) wurden im Jahre 1937 40%, in den Jahren 1947 und 1948 dagegen nur rund 6 bzw. 15% in Form von Holz ausgeführt. Die Ursachen hierfür liegen teils in der starken inländischen Nachfrage und teils in den Hemmungen des Exportes, die sich durch seine schwerfällige Abwicklung im Rahmen von Kompensationsgeschäften ergeben. Außerdem ist der direkte Holzexport, insbesondere von Rohholz³⁾, auch deshalb zurückgeblieben, weil ein relativ größerer Teil indirekt in Form von verarbeiteten Produkten (Holzwaren⁴⁾, Zellulose, Papier) exportiert wird. Der Anteil von Holz, Holzwaren und Papier am gesamten Exportwert war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1948 mit 25,5%¹ sogar größer als im Jahre 1937 (22,5%).

²⁾ Der von der Österreichischen Holzwirtschaftsstelle statistisch erfaßte Holzexport weicht von den Angaben der amtlichen Außenhandelsstatistik etwas ab, da die statistischen Erhebungsgrundlagen verschieden sind. Außerdem erfaßt die Holzwirtschaftsstelle nur einen Teil des Grenzverkehrs.

³⁾ Die Sortimente Rundholz, Schleifholz, Telegraphenstangen und Schwellen werden derzeit in nennenswerten Mengen nicht ausgeführt.

⁴⁾ Holzhäuser, Obststeigen, Kisten, Hartplatten, Dämmplatten und Sägemehl.

Ausfuhr von Holz und Holzwaren¹⁾

	Ø 1937	Ø 1947 in Waggonen zu 10 t	Ø 1948 ²⁾
Nadelschnittholz	6.040	664	1.736
Grubenholz	444	223	305
Holzhäuser		30	94
Kisten u. Obststeigen		16	129
Hartplatten		—	3'5
Dämmplatten		3	17
Holzmehl		6	10

¹⁾ Nach Angaben der Österreichischen Holzwirtschaftsstelle.

²⁾ Ø Jänner bis November 1948.

Der größte Teil des österreichischen Holzexportes geht zur Zeit nach Italien, das mehr als die Hälfte des gesamten Schnittholzexportes und 80 bis 90% des Exportes von Kisten und Hartplatten aufnimmt. Daneben spielt die Schweiz eine größere Rolle, obwohl der Schnittholzexport dorthin aus preislichen Gründen gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen ist. Ungarn bezieht vor allem Grubenholz, während Frankreich und Holland die Hauptabnehmer von Holzhäusern sind. Der deutsche Markt, der vor dem Krieg neben dem italienischen das wichtigste Absatzgebiet war, konnte bisher dem österreichischen Holzexport nicht erschlossen werden.

Anteil der wichtigsten Absatzländer an der Holzexportausfuhr¹⁾
in % der Gesamtausfuhr

	1947		1948		1947		1948	
	Italien	Schweiz	Schweiz	Ungarn	Ungarn	Frankreich	Holland	CSR
Nadelschnittholz	54	62	30	11	11	5		
Grubenholz	—	—	—	—	100	100		
Kisten u. Obststeigen	98	83	0	13	—	—		
Hartplatten	0	88	—	—	—	—		
Holzhäuser	24	23	75	75	—	—		
Dämmplatten	—	—	0	27	80	37		
Holzmehl	0	23	—	—	90	74		

¹⁾ Nach den Angaben der österreichischen Holzwirtschaftsstelle; die angegebenen Prozentziffern beziehen sich jeweils auf die Ausfuhr in den ersten zehn Monaten.

Der Anteil der einzelnen Bundesländer am Gesamtexport hat sich gegenüber der Vorkriegszeit nur unbedeutend verändert. Kärnten und Steiermark stellen wie vor dem Krieg zusammen rund 60% des Schnittholzexportes, rund 40% des Grubenholzexportes stammt aus Niederösterreich, Kärnten weist bei Holzhäusern und Oberösterreich bei Kisten und Obststeigen die höchste Exportquote auf.

Der österreichische Holzexport begegnet auf den ausländischen Märkten zunehmenden Schwierigkeiten. Die Ursachen hierfür liegen zum Teil in einem allgemeinen Umsatzrückgang auf dem internationalen Holzmarkt, der durch den Dollarmangel,

durch Währungsabwertungen (z. B. Frankreich) sowie durch Kreditrestriktionen (Italien) ausgelöst wurde. Einzelne Länder (England) halten auch mit Holzankäufen zurück, da sie mit dem baldigen Anlaufen größerer Holzexporte durch Rußland, die CSR, Rumänien und Jugoslawien rechnen. Die österreichische Schnittholzexportausfuhr leidet bereits jetzt unter dem wachsenden Wettbewerb anderer Exportstaaten, die vielfach bessere Qualitäten anbieten. Eine weitere Belebung der österreichischen Schnittholzexportausfuhr hängt in erster Linie von einer Besserung der Qualität des Holzes ab. In diesem Zusammenhang wäre mit Hilfe einer verstärkten Technisierung der Holzwirtschaft vor allem eine raschere Bringung des Holzes sowie ein beschleunigter Verschnitt anzustreben. Mit entsprechenden Investitionen, die zum Teil im ERP-Programm enthalten sind, wurde bereits begonnen. Außerdem käme der Erschließung des deutschen Marktes besondere Bedeutung zu, da dieser erfahrungsgemäß auch für mindere Qualitätsklassen aufnahmefähig ist.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 478—480.

Die Kohlenversorgung ist weiterhin zufriedenstellend. Die im Kohlenplan für das IV. Quartal 1948 vorgesehenen Lieferungen wurden im allgemeinen erfüllt. Nur in der letzten Dezemberwoche stockte die Anlieferung vorübergehend infolge verkehrstechnischer Schwierigkeiten. Da jedoch die Vorratslage, wenn man von den kalorischen Kraftwerken absieht, durchaus günstig ist — die Vorräte aller Verbrauchergruppen betragen derzeit etwa 0,9 bis 1,0 Mill. t (Steinkohlenbasis) und entsprechen damit ungefähr einem Zweimonatsbedarf der österreichischen Wirtschaft —, können vorübergehende Störungen ohne Schwierigkeiten überbrückt werden.

Der Kohlenplan für das erste Quartal 1949 sieht sowohl eine Erhöhung der Einfuhr als auch der inländischen Erzeugung vor. Die Zuteilungen an die einzelnen Hauptverbrauchergruppen sollen dementsprechend ebenfalls etwas erhöht werden, mit Ausnahme der Gaswerke, die überdurchschnittliche Vorräte besitzen.

Auf Grund des mit Polen abgeschlossenen Handelsvertrages wird in Zukunft ein größerer Teil des Einfuhrbedarfes durch polnische Kohle gedeckt werden als bisher. Es wird angestrebt, etwa die Hälfte der Steinkohleinfuhr aus Polen zu beziehen, während im abgelaufenen Jahre nur rund ein Drittel aus Polen kam.

Im Monat November standen der österreichischen Wirtschaft insgesamt 521.000 t Kohle (Stein-

kohlenbasis) zur Verfügung, gegenüber 509.000 t im Oktober.

Davon stammten mehr als drei Viertel aus dem Ausland. Nur etwa ein Viertel des Kohlenbedarfes konnte durch die inländische Förderung gedeckt werden, gegenüber rund ein Drittel im Jahre 1937. Immerhin hat die österreichische Braunkohlenförderung bereits seit einigen Monaten das Vorkriegsniveau überschritten. Dagegen dürfte die allerdings mengenmäßige nicht ins Gewicht fallende Steinkohlenförderung zufolge der allmählichen Erschöpfung der Vorräte die Vorkriegsleistung nicht mehr erreichen.

Versorgung Österreichs mit Kohle

	Inland in 1000	Ausland Tonnen Steinkohlenbasis	Insgesamt
1937 Ø	137,5	275,0	412,5
1947 Ø	111,9	241,7	353,6
1948 IX.	131,6	386,5	518,1
X.	134,3	374,9	509,2
XI.	124,6	396,2	520,8

Kritische Lage der Stromversorgung

Die Stromknappheit hat sich gegen Jahresende weiter verschärft. Die mangelnde Disziplin der Verbraucher, insbesondere zahlreicher Industriebetriebe, sowie die abnormal niedrige Wasserführung der Flüsse lassen für die kommenden kritischen Wintermonate Jänner und Februar ernste Stromversorgungsschwierigkeiten voraussehen.

Das Energieverteilungsdirektorium hatte ursprünglich während der Wintermonate für das Verbundnetz (ohne Tirol und Vorarlberg) eine Tageserzeugung von 8,2 Mill. kWh vorgesehen. Da die Stromsparmaßnahmen jedoch nicht eingehalten wurden, mußten bereits im November täglich 9,4 Mill. kWh, also um 1,2 Mill. kWh oder um 15% mehr erzeugt werden, als geplant war. Dazu kam, daß die Wasserführung der Flüsse stark zurückging, so daß die Wasserkraftwerke im Dezember um etwa 40 Mill. kWh, d. s. rund 25%, weniger Strom lieferten als in einem Regeljahr.

Die Differenz zwischen dem überhöhten Stromverbrauch und der unterdurchschnittlich niedrigen Leistung der Wasserkraftwerke mußte durch eine verstärkte Erzeugung von kalorischen Strom ausgeglichen werden. Das Energieverteilungsdirektorium hatte ursprünglich für das vierte Quartal die kalorische Stromerzeugung mit 175 bis 200 Mill. kWh veranschlagt. Der Kohlenverbrauch zur Erzeugung dieser Strommenge hätte etwa 140.000 bis 160.000 t (Steinkohlenbasis) betragen. Da die Dampfkraftwerke im gleichen Zeitraum laut Kohlenplan mit

135.000 t Kohle beliefert werden sollten, hätten selbst im ungünstigsten Fall planmäßig nur etwa 25.000 t aus den Lagervorräten der Kraftwerke gedeckt werden müssen, die Ende September rund 165.000 t betragen haben. Für die kritischen Monate Jänner und Februar wären demnach noch Vorräte von etwa 150.000 t verblieben, die zusammen mit den laufenden Kohlenlieferungen zur Deckung des erhöhten Bedarfes hätten herangezogen werden können.

In Wirklichkeit mußten jedoch im vierten Quartal 1948 statt der vorgesehenen 175 bis 200 Mill. kWh fast 350 Mill., d. s. über 75% mehr, erzeugt werden. Der Kohlenverbrauch hat dementsprechend bereits in den ersten beiden Monaten (Oktober und November) mit rund 155.000 t die für das gesamte Quartal vorgesehene Menge überschritten. Bis Ende Dezember dürften insgesamt rund 280.000 t Kohle verbraucht worden sein. Da an die Dampfkraftwerke im vierten Quartal nur rund 177.000 t Kohle geliefert wurden, mußten rund 103.000 t aus den Lagerbeständen entnommen werden. Die kalorischen Kraftwerke hatten also zu Beginn der normalerweise schwierigsten Wintermonate nur 62.000 t Kohle vorrätig gegenüber 150.000 t laut Plan des Energieverteilungsdirektoriums.

Unter diesen Umständen werden rigorose Einschränkungen des gesamten Stromverbrauchs und damit empfindliche Produktionsrückschläge in den kommenden Monaten nur dann vermieden werden können, wenn den kalorischen Werken laufend bedeutend größere Kohlenmengen zugewiesen werden, als planmäßig vorgesehen ist. Eine Erhöhung der Gesamteinfuhr an Kohle dürfte kurzfristig kaum möglich sein. Die wachsenden Transportschwierigkeiten, ungelöste Finanzierungsprobleme¹⁾ sowie die Gefahr, daß die Ruhrkontingente infolge erhöhter Ansprüche Frankreichs gekürzt werden, lassen eher einen leichten Rückgang der Kohleneinfuhr erwarten. Der zusätzliche Bedarf der Kraftwerke könnte daher nur durch eine Kürzung der planmäßig vorgesehenen Kontingente der übrigen Verbrauchergruppen gedeckt werden. Obwohl eine Vergrößerung des Kraftwerkkontingents zu Lasten der übrigen Verbrauchergruppen vom Energieverteilungsdirektorium abgelehnt wurde, wird man sich schließlich

¹⁾ Die im Rahmen des ERP vorgesehenen Kohlenlieferungen müssen von Österreich zunächst bar bezahlt werden. Erst nachdem der Verwendungsnachweis erbracht wurde, werden die entsprechenden Beträge von den USA refundiert. Da die Österreichische Nationalbank nicht über ausreichende Dollar-Devisen verfügt, bereitet die Zwischenfinanzierung erhebliche Schwierigkeiten. Es ist daher trotz des Zinsenverlustes beabsichtigt, einer ausländischen Bank die Zwischenfinanzierung zu übertragen.

doch dazu entschließen müssen, wenn eine ernste Stromkrise vermieden werden soll. Eine vorübergehende Kürzung des Kontingents könnte wahrscheinlich von der Industrie verhältnismäßig leicht überbrückt werden, da sie während des ganzen Jahres ausreichend mit Kohle versorgt wurde und zahlreiche Betriebe größere Vorräte angesammelt haben.

Stromerzeugung und Verbrauch

(Gesamt-Österreich)

in Mill. kWh

Zeit	Wasserkraft	Dampf	Insgesamt	Verbrauch
1946 XI.	172'3	48'1	220'4	198'2
XII.	160'5	67'5	228'0	207'1
1947 XI.	177'8	58'3	236'1	223'8
XII.	200'8	68'0	268'8	251'4
1948 X.	237'6	81'1	318'7	282'2
XI.	175'6	113'3	288'9	291'4
XII.	150'0			285'0

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 481—485

Die gewerbliche Produktion konnte während der Herbstmonate das im Sommer erreichte hohe Niveau aufrechterhalten. Die verfügbaren Stromsparmaßnahmen haben bisher nur unbedeutende Produktionsausfälle verursacht, hauptsächlich weil die Industrie das ihr zugeordnete Stromkontingent weit überschritten hat. Außerdem wird sie seit langem ausreichend mit Kohle versorgt, so daß zum Beispiel in der Stahlerzeugung der energiebedingte Ausfall einiger Elektrostahlöfen durch eine Erhöhung der SM-Stahlerzeugung weitgehend wettgemacht werden konnte. Bei anhaltender kalter Witterung ist allerdings in den kommenden Wintermonaten mit ernstesten Stromstörungen zu rechnen, die fühlbare Produktionseinschränkungen nach sich ziehen könnten.

Der *Index* der industriellen Produktion blieb gegenüber dem September fast unverändert. Nur innerhalb der beiden Hauptgruppen ist eine geringfügige Verschiebung zugunsten der Konsumgüterindustrien eingetreten, deren Index sich von 66·7 im September auf 69·2 im Oktober verbesserte, während der Index der Produktionsmittelindustrien von 144·3 auf 140·9 zurückging.

Da der Beschäftigtenstand im Oktober trotz gleichbleibender Produktion weiter zugenommen hat, ging der Produktivitätsindex von 73·3 auf 72·4 zurück.

Die *Schwerindustrie* konnte im November, trotz Stromsparmaßnahmen, die allerdings nur zum Teil eingehalten wurden, ihre Produktion ohne größere Einschränkungen aufrechterhalten.

Produktion der eisenschaffenden Industrie

	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
1937 Ø	32.427	54.143	35.604
1947 XI.	36.468	35.779	24.101
1948 IX.	57.061	57.921	32.267
X.	56.079	58.764	38.062
XI.	52.970	55.510	35.817

Die *Baustoffproduktion* blieb im Oktober noch stabil, abgesehen von einigen saisonbedingten Rückgängen vor allem in der Ziegelerzeugung. Die Erzeugungsziffern liegen durchwegs fast doppelt so hoch wie zur selben Zeit des Vorjahres.

Produktion der Baustoffindustrie

	Mauer- ziegel 1000 Stück	Dach- ziegel 1000 Stück	Zement t	Kalk t	Dach- pappe 1000 m ²
1937 Ø	54.000	10.667	35.750	5.679	
1947 X.	20.833	5.371	31.293	13.181	492
1948 X.	45.764	7.620	73.745	22.071	1.251

Dagegen erlitt die *Papierindustrie* im Oktober in allen Sparten einen leichten Produktionsrückschlag. Trotzdem konnte der Export sowohl mengen- als auch wertmäßig beträchtlich erhöht werden.

Export der Papierindustrie

	Menge t	Wert 1000 S
1948 IX.	5.635	13.709
X.	6.359	15.569

Die *Schuhproduktion* hat im Oktober neuerlich zugenommen. Auch im November dürften ebenso günstige Produktionsergebnisse erzielt worden sein. Insgesamt wurden im Oktober 270.000 Paar Lederschuhe erzeugt. Außerdem werden laufend große Mengen bezugscheinfreier Schuhe hergestellt.

Auch die Erzeugung der *Tabakfabriken* hat sich im Oktober beträchtlich erhöht.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 486

Die im letzten Monatsbericht erwähnte übersaisonmäßige Umsatzsteigerung im Oktober wird durch die nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse bestätigt. Der Index der Kleinhandelsumsätze ist im Oktober um nahezu 50% gestiegen gegenüber einer normalen saisonbedingten Umsatzzunahme von durchschnittlich 30%.

Am stärksten erhöhten sich teils saisonbedingt, teils infolge des großen ungedeckten Bedarfs die Umsätze an *Textilien* und *Bekleidungsgegenständen*, die im Oktober um 75% über dem Niveau des Vormonats lagen. Da die Warenanlieferung mit der Umsatzsteigerung nicht Schritt hielt — zum Teil war sogar eine Zurückhaltung der Produzenten zu beobachten —, haben sich die Vorräte im Textil-

handel stark gelichtet. Die allgemeine Umsatzbelebung hat erstmalig auch den *Nahrungsmittelhandel* stärker erfaßt. Durch die Freigabe einer Reihe begehrter Nahrungs- und Genußmittel (Marmelade, Schokolade, Tee, Kaffee, Kakao) konnten die Kleinhandelsumsätze im Oktober um 28% erhöht werden. Diese Umsatzbelebung im Kleinhandel spiegelt allerdings nur zum Teil eine echte Erhöhung des Konsums wider. Zum überwiegenden Teil handelt es sich nur um eine Legalisierung der vorher „schwarzen“ und „grauen“ Umsätze.

Die allgemeine Nachfragebelebung wirkte sich auch auf den Besuch der Vergnügungsstätten aus (die Einnahmen aus Vergnügungssteuern erhöhten sich im Oktober um 9%). Allerdings ist hier nach dem besseren Besuch der Theater unmittelbar nach Beginn der Theatersaison im Oktober wieder eine Verschiebung zugunsten des Kinobesuches zu verzeichnen (während die Theatereinnahmen in Wien im Oktober um 40% zurückgingen, erhöhten sich die Einnahmen der Kinos um 12%). Die *Umsatzsteuereinnahmen* stiegen vom September bis November um 24%.

Die Entwicklung der Umsätze

	Index der Kleinhandelsumsätze	Umsatzsteuereinnahmen	Verbrauchssteuereinnahmen	Vergnügungssteuereinnahmen
	Ø 1946 = 100			
Ø 1947	199	189	205	146
1948 I. Halbjahr	305	318	217	217
Juli	390	408	268	175
August	379	383	238	171
September	411	393	221	189
Oktober	604	441	228	206
November		489	162	

Die starke Umsatzbelebung im Oktober dürfte auch im November und Dezember noch angehalten haben. Einzelbeobachtungen deuten jedoch darauf hin, daß die weitere Umsatzsteigerung, die saisonbedingt in den ersten Dezemberwochen zu erwarten war, ausgeblieben ist. Die bereits im letzten Bericht geäußerte Ansicht, daß die zum Teil spekulativ bedingte allgemeine Nachfragebelebung nur vorübergehend sein dürfte und nach Weihnachten ein stärkerer Umsatzrückgang zu erwarten sei, scheint sich somit zu bestätigen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 487—489

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich im Oktober saisonbedingt. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden stieg von 51.851 auf 55.694 und die der unterstützten Arbeitslosen von 21.139 auf 23.850.

Die Zunahme der Arbeitslosen erstreckte sich diesmal nicht nur auf Frauen, sondern erstmalig seit längerer Zeit auch auf Männer (die Zahl der männlichen Stellensuchenden nahm um 2.200 zu). Während der Arbeitsmarkt bisher hauptsächlich durch den Zustrom neuer, meist weiblicher Arbeitskräfte belastet wurde, dürfte die Zunahme der Arbeitslosigkeit diesmal überwiegend auf Entlassungen zurückzuführen sein.

Der saisonbedingte Charakter der erhöhten Arbeitslosigkeit geht deutlich daraus hervor, daß die *Zahl der Stellensuchenden* vor allem im Hotel- und Gastgewerbe (+ 571) und bei den Bau- und Hilfsarbeitern (+ 1.488) zugenommen hat — also in Wirtschaftszweigen, die im Herbst bzw. Winter einen saisonbedingten Geschäftsrückgang erleiden. In der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie ist dagegen die Zahl der Stellensuchenden um 270 zurückgegangen, da diese Wirtschaftszweige trotz Rohstoffmangel in den Herbstmonaten einen saisonbedingten Aufschwung nahmen.

Ein ähnliches Bild bilden die *offenen Stellen*, deren Zahl im Oktober von 39.229 auf 34.553 zurückging. Der Rückschlag konzentrierte sich hauptsächlich auf die Landwirtschaft (— 2.800), das Baugewerbe (— 533), die Hilfsarbeiter (— 649), das Gastgewerbe (— 134), aber auch auf den Verkehr (— 133) und auf die Hausgehilfinnen (— 569), während in der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie die offenen Stellen um 272 zunahmen.

Auch der Beschäftigungsindex der Arbeiterkammer bestätigt diese saisonmäßige Entwicklung. Während der Gesamtindex von September auf Oktober nur um weniger als 1% zunahm, stieg die Beschäftigung in der Bekleidungsindustrie um 3,5%, in der Lederindustrie um 2% und in der Textilindustrie um 1,9%. Von den übrigen Industrien zeigte nur die Nahrungsmittelindustrie eine ähnliche Steigerung (+ 3,6%), die hauptsächlich auf die Aufhebung der Bewirtschaftung für eine Reihe von Nahrungs- und Genußmitteln zurückzuführen sein dürfte (siehe Abschnitt Umsätze, S. 462).

Da die Beschäftigungslage in der Bauindustrie sich im Laufe des Winters weiter verschlechtern wird, ist zur Jahreswende mit einer merklich höheren Arbeitslosenzahl zu rechnen als im Winter 1947/48, falls nicht mit dem Eintreffen von Baumwoll- und Häutellieferungen ein starker Aufschwung in den Konsumgüterindustrien einsetzt.

Die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit dürfte nicht zuletzt auch deshalb stärker als im Vorjahre zunehmen, weil sich heuer mehr Arbeitslose bei den Arbeitsämtern melden. Für den Staat bedeutet die

erhöhte Arbeitslosigkeit eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr, die weit über den Unterschied der statistisch erfaßten Arbeitslosen hinausgeht, da im Vorjahr von den vorgemerkten Stellensuchenden nur etwa 2.000 bis 3.000 Arbeitslose Unterstützung beanspruchten, während es Ende Oktober 1948 bereits 23.850 waren. Dem wurde auch im Budget 1949 Rechnung getragen, das 130 Mill. S für Arbeitslosenunterstützung vorsieht, gegenüber 70,6 Mill. S im Voranschlag 1948.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 490—491

Die Leistungen der *Bundesbahnen* hielten sich im Oktober ungefähr auf der Höhe des Vormonates. Der Personenverkehr ging saisonbedingt etwas zurück (von 56,4 auf 52,9 Mill. Nutzlasttonnenkilometer), der Güterverkehr nahm dagegen infolge der Ernte um 6,5% zu (von 494,2 auf 525,5 Mill. Nutzlasttonnenkilometer). Die hohe Nachfrage nach Frachtraum konnte nur zu etwa 75% befriedigt werden.

Der *Transitverkehr* hat sich in den letzten Monaten weiter belebt. Im November wurden mit 7,21 Mill. sfr. die bisher höchsten Einnahmen seit Kriegsende erzielt. Die Erhöhung der Transiteinnahmen ist teils auf die allgemeine Belebung des innereuropäischen Handels und teils auf internationale Vereinbarungen über Tarife und Güterzugfahrpläne zurückzuführen, die dem österreichischen Transitverkehr direkt oder indirekt zugute kommen. Österreich selbst hat bisher Verbandstarife mit Ungarn, der ČSR und mit Triest abgeschlossen. Für den Durchzugsverkehr durch Österreich sind ferner die kürzlich abgeschlossenen Verbandstarife der ČSR mit Triest, Fiume und Jugoslawien sowie der Tarifvertrag zwischen Polen und Jugoslawien von Bedeutung. Auch die auf der internationalen Tarifkonferenz in St. Gallen erörterten Verbandstarife für den Verkehr zwischen der Schweiz einerseits und der ČSR, Ungarn und Jugoslawien andererseits lassen eine Belebung des österreichischen Transitverkehrs erwarten. Außerdem wurde auf der internationalen Güterzugfahrplankonferenz in Rom erreicht, daß neue Frachten von Italien nach Holland über den Brenner geführt werden. Auf der gleichen Konferenz wurde auch beschlossen, Eilgüterzüge auf der West-Südbahnstrecke einzusetzen, die die Fahrzeit bedeutend verkürzen und insbesondere den Transport verderblicher Waren von Ungarn nach England erleichtern werden.

Die derzeit geltenden Transittarife der Österreichischen Bundesbahnen haben sich im allgemeinen sowohl gegenüber der Schweiz als auch gegenüber Deutschland als konkurrenzfähig erwiesen. Eine Abwanderung des Transitverkehrs auf deutsche Strecken wird vor allem dadurch verhindert, daß die JEIA einen Clearingspitzenausgleich in Dollar fordert. Die Nachbarstaaten sind daher daran interessiert, die laufende Zahlungsbilanz gegenüber Deutschland möglichst wenig durch Transitfrachten und Umschlagleistungen zu erhöhen.

Im *Schiffsverkehr* auf der oberen Donau mußte infolge des niedrigen Wasserstandes die Tonnage pro Schiffseinheit vermindert werden. Außerdem wurde der Personenverkehr ab 15. Oktober eingestellt und die Schiffe in den Winterhafen überführt, da die Saison ohnehin zu Ende ist. Der Güterverkehr bestand talwärts wieder aus Kohlentransporten (67.345 t), während bergwärts erstmalig auch 2.241 t Kunstdünger auf Einheiten des „Bayrischen Lloyd“ verfrachtet wurden. Eine Steigerung des Kunstdüngertransports auf 13.000 bis 15.000 t monatlich wird angestrebt. Sie dürfte allerdings erst im Frühjahr mit der Besserung der Wasserführung erreicht werden.

Die Bundesbahnen haben mit Wirkung vom 1. Jänner 1949 die Ausnahmstarife 2, 6, 11, 20, 22, 23 und 19 (Düngemittel, Mahlprodukte, Kartoffel, Pferde, Schweine und Geflügel, Schafe und Ziegen, Baustoffe) aufgelassen und außerdem die Frachtsatztafeln für Milch und Lebendvieh um 25% erhöht. Die geplanten Tarifierhöhungen werden mit dem hohen Defizit der Bundesbahnen begründet. Für die Aufhebung des Baustoffausnahmetarifcs im besonderen wird außerdem ins Treffen geführt, daß durch die niedrigen Baustofffrachten indirekt der Straßenverkehr subventioniert wird, der der größte Konkurrent der Bundesbahnen ist.

Grundsätzlich erscheint eine Erhöhung der Gütertarife auch volkswirtschaftlich gerechtfertigt, da die Gütertarife gegenüber 1937 weniger gestiegen sind als das allgemeine Preisniveau. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1948 wurden im Güterverkehr pro Nutzlasttonnenkilometer im Durchschnitt 11,4 Groschen Einnahmen erzielt gegenüber 7,4 Groschen im Jahre 1937. Die Tarife sind also im Durchschnitt nur um rund 55% gestiegen, das allgemeine (offizielle) Preisniveau dagegen um 200 bis 300%. Die Preise einzelner Kostengüter der Bundesbahnen, so vor allem die für Kohle, haben sich noch bedeutend stärker erhöht. Diese Diskrepanz zwischen den Preisen der Güterverkehrsleistungen und denen für Betriebs-

mittel der Bundesbahnen wird auch durch eine äußerst sparsame Betriebsführung nicht wettgemacht werden können. Es fragt sich jedoch, ob der Zeitpunkt für eine Tarifänderung günstig ist. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist äußerst labil, so daß bereits eine geringfügige Erhöhung des Güterverkehrstarifes, vor allem wenn sie in Form höherer Güterpreise auf die Konsumenten gewälzt wird, leicht eine neue Welle von Preis- und Lohn-erhöhungen auslösen könnte.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 492

Die *Ausfuhr* nahm im Oktober wieder stark zu (4,4% gegenüber September) und erreichte 191,2 Mill. S. Sie ist damit um nahezu 90 Mill. S oder 86% höher als im gleichen Monate des Vorjahres. (Auch mengenmäßig ergibt sich eine bemerkenswerte Zunahme um 43%). Da gleichzeitig die handelsstatistisch erfaßte *Einfuhr* um 11,7 Mill. S auf 219,5 Mill. S zurückging, war der statistisch ausgewiesene Einfuhrüberschuß mit 28,4 Mill. S der niedrigste seit Monaten dieses Jahres und niedriger als der Monatsdurchschnitt des Vorjahres.

Der *Quantumindex* des Außenhandels für das dritte Quartal 1948 zeigt, daß der Außenhandel auch nach Ausschaltung der Preisschwankungen weiter zugenommen hat. Das Ausfuhrvolumen stieg vom zweiten zum dritten Quartal 1948 um 13% und erreichte damit 56% des Vorkriegsvolumens. Erfreulicherweise hat die Fertigwarenausfuhr, die in der vorhergegangenen Periode entwicklungs- mäßig stark hinter der Rohstoffausfuhr zurückge- blieben war (die Zunahme betrug bei Fertigwaren nur 33% gegenüber 56% bei Rohstoffen), im dritten Quartal mit einer Steigerung von 11,7% mit dem Export von Rohstoffen, der um 14% zunahm, un- gefähr Schritt gehalten. Eine verstärkte Ausfuhr von Rindern nach Italien im August und September führte zu einer sprunghaften Zunahme des Aus- fuhrvolumens der Gruppe „Lebende Tiere, Nah- rungsmittel und Getränke“ um mehr als 40%. Sie hat damit aber erst ein Sechstel des Vorkriegs- volumens erreicht.

Das Einfuhrvolumen stieg im dritten Quartal um 17% und erreichte 52% des Vorkriegsstandes, also einen etwas niedrigeren Stand als die Ausfuhr. Rechnet man jedoch sämtliche Hilfslieferungen zur handelsstatistisch erfaßten Einfuhr hinzu, so er- reichte das Einfuhrvolumen bereits 89% des Stan- des von 1937. Die Nahrungsmiteleinfuhr sowie die

Kohleneinfuhr haben bereits das Vorkriegsniveau überschritten. Bei der kommerziellen Einfuhr stieg die Fertigwareneinfuhr etwas rascher als die Roh- stoffeinfuhr; beide Gruppen haben jetzt etwa 65% des Vorkriegsvolumens erreicht. Dagegen ging die kommerzielle Nahrungsmiteleinfuhr saisongemäß etwas zurück¹⁾. Sie ist mit 16% des Vorkriegs- volumens noch immer äußerst gering, da der über- wiegende Teil des Nahrungsmittelimportbedarfes durch Hilfslieferungen gedeckt wird.

Gesamteinfuhr Österreichs im III. Quartal 1948

	Handels- statisti- sche Ein- fuhr ¹⁾	Hilfsliefe- rungen u. Kredite ²⁾		Vj.-Ø 1937=100
		Insgesamt	Mill. S (S-Wert 1937)	
Lebende Tiere . . .	0'08	—	0'08	0'34
Nahrungsmittel und Getränke	15'91	68'62	84'53	108'43
Rohstoffe und halb- fertige Waren . . .	102'00	64'88	166'88	107'42
davon: Kohle . . .	44'12	—	44'12	172'68
übrige Roh- stoffe . . .	57'88	64'88	122'76	94'79
Fertige Waren . . .	69'69	2'84	72'53	67'68
Insgesamt .	187'68	136'34	324'02	89'16

¹⁾ Kommerzielle Einfuhr, sämtliche Kohlenlieferungen und Lieferungen aus dem 10-Mill.-Pfund-Sterling-Kredit.

²⁾ Enthalten sind folgende Hilfslieferungen und Kredi- te: Interims- und Überbrückungshilfe, Europäischer Wiederaufbauplan, britische Excessgüter, Hilfslieferungen privater Organisationen einschließlich UNICEF und CARE.

*Der handelsstatistisch erfaßte Außenhandel Österreichs
Quantumindex (1937 = 100)*

Warengruppe	Vj.-Ø 1947			1948		
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Ausfuhr						
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	13'8	11'7	11'8	16'5	11'8	16'5
Rohstoffe	21'4	31'6	49'3	56'2	49'3	56'2
Fertigwaren	29'6	39'3	52'1	58'2	52'1	58'2
Insgesamt .	26'5	35'8	49'6	55'9	49'6	55'9
Einfuhr						
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	8'5	10'9	17'4	15'8	10'9	15'8
Rohstoffe	35'3	52'3	55'1	65'8	55'1	65'8
Fertigwaren	23'1	38'5	52'9	65'0	52'9	65'0
Insgesamt .	24'2	36'7	44'0	51'6	44'0	51'6
Preisindex (1937 = 100)						
Ausfuhrpreise	254	308	311	304	308	311
Einfuhrpreise	336	409	373	360	409	373
Austauschverhältnis ¹⁾ . . .	76	75	83	84	75	84

¹⁾ Ausfuhrpreise: Einfuhrpreise.

¹⁾ Einer der wichtigsten Nahrungsmiteleinfuhrposten ist derzeit Gemüse. Im zweiten Quartal entfielen 41% des Wertes der gesamten kommerziellen Nahrungsmiteleinfuhr auf Gemüseimporte.

Sowohl der Index der Einfuhr- als auch der der Ausfuhrpreise fiel im dritten Quartal unter das Niveau vom ersten Quartal dieses Jahres. Daraus können jedoch keine vielsagenden Schlüsse gezogen werden, da die „Preise“ bei Kompensationsgeschäften meist willkürlich festgesetzt werden. Außerdem dürfte in vielen Fällen absichtlich unterfakturiert werden, um Kapitalexporte zu verschleiern.

Auch das reale Austauschverhältnis im Außenhandel (Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhrpreisen) muß mit Vorsicht aufgenommen werden. Wenn die berechneten Ziffern zutreffen, so sind die Einfuhrpreise seit 1937 um 18% stärker gestiegen als die Ausfuhrpreise. Österreich könnte danach mit einer bestimmten Menge Ausfuhrwaren nur noch

84% der Einfuhrwaren einkaufen, die es 1937 für die gleiche Menge Ausfuhrwaren erhalten hat. Die Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses dürfte jedoch, zumindest zum Teil, darauf zurückzuführen sein, daß die österreichischen Ausfuhrwaren absichtlich unterbewertet bzw. die Einfuhrwaren überbewertet werden. Dadurch erscheint nicht nur das Austauschverhältnis, sondern auch das handelsstatistisch ausgewiesene Handelsbilanzdefizit ungünstiger, als es in Wirklichkeit ist¹⁾.

¹⁾ Auf Grund des Quantumindex läßt sich errechnen, daß der von der Handelsstatistik erfaßte Außenhandel im dritten Quartal 1948 nur ein Defizit von 646 Mill. S erreicht hätte, gegenüber 1597 Mill. S laut Handelsstatistik, wenn die Ausfuhrpreise im Vergleich zum Jahre 1937 ebenso wie die Einfuhrpreise gestiegen wären.

Zur Frage der Kreditlenkung

Solange ein Geldüberhang bestand und die meisten Betriebe über ausreichende Kassenreserven verfügten, spielte der Kredit nur eine untergeordnete Rolle. Aber auch dort, wo sich ein Kreditbedarf ergab — vornehmlich bei den verstaatlichten Unternehmungen, die in stärkerem Maße als die Privatbetriebe der Preiskontrolle unterworfen waren —, ermöglichte der flüssige Geldmarkt eine reibungslose Finanzierung.

Diese Situation änderte sich grundlegend seit der Währungsreform. Die Verminderung der umlaufenden Geldmenge und das steigende Wirtschaftsvolumen haben eine starke Nachfrage nach Betriebs- und Anlagekrediten ausgelöst, die mit dem Eintreffen von Rohstoffen und Anlagegütern im Rahmen des ERP weiter zunehmen wird. Allein die an die Kreditinstitute gestellten Ansprüche erhöhten sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1948 um 12 Mrd. S.

Auch die wirtschaftliche Funktion des Kredites hat sich geändert. Hatte er vor dem Währungsschutzgesetz im wesentlichen nur die Aufgabe, den Geldstrom an den ohnehin durch unmittelbare staatliche Eingriffe gelenkten Güterstrom anzupassen, so gewann er mit der fortschreitenden Lockerung der Warenbewirtschaftung und der Aufgabe anderer direkter Lenkungsinstrumente selbst einen bestimmenden Einfluß auf den Wirtschaftsablauf.

Die erhöhte Bedeutung des Kredites rückte die in den ersten drei Nachkriegsjahren etwas vernachlässigten Probleme der Kreditpolitik wieder stärker in den Vordergrund. Insbesondere die Frage nach

der Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Kreditlenkung steht im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses.

Der vorliegende Aufsatz versucht, die Aufgaben der österreichischen Kreditpolitik zu skizzieren und zu zeigen, mit welchen Methoden sie grundsätzlich gelöst werden können. Vor allem soll geklärt werden, inwieweit eine einheitliche Lenkung der Kreditwirtschaft unter den gegebenen Verhältnissen möglich und zweckmäßig wäre. Von der Erörterung spezifischer organisatorisch-technischer Fragen der Kreditwirtschaft wird bewußt Abstand genommen und dafür das Schwergewicht auf die allgemeine volkswirtschaftliche Problematik gelegt.

Die Aufgaben der Kreditpolitik

Die Aufgaben der Kreditpolitik gruppieren sich im wesentlichen um zwei Hauptprobleme: die Sicherung der Währungsstabilität bei einem hohen Beschäftigungsgrad und die Vorsorge für eine optimale Verteilung der Kredite.

Solange der hohe Investitionsbedarf der privaten und öffentlichen Betriebe anhält und die öffentlichen Körperschaften ihren Haushalt nicht ausgeglichen haben, besteht dauernd die latente Gefahr, daß das monetäre Gleichgewicht durch eine übermäßige Kreditausweitung gestört wird und inflationistische Tendenzen ausgelöst werden. Die Kreditpolitik muß daher ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß sich die Kreditausweitung in einem währungspolitisch vertretbaren Rahmen hält. Die Grenze für eine nichtinflationistische Kreditgewäh-